

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 79 (2008)
Heft: 6

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

■ Barbara Steiner

Kanada

Humor nützt bei Schwerkranken

Selbst beim Umgang mit schwerstkranken Menschen sollten Pflegende den Humor nicht vergessen: Humor stärkt die Beziehungen zwischen dem Pflegepersonal und verleiht dem Umgang mit Patienten und deren Angehörigen eine menschlichere Dimension, so das Resultat einer kanadischen Studie. Die Forscher beobachteten und befragten fast 300 Stunden lang auf einer Intensiv- und einer Palliativstation Personal, Patienten sowie Angehörige. Demnach sind Witzeleien oder Scherze in angemessenem Rahmen für die Patienten keineswegs Zeichen mangelnden Respekts. Vielmehr würden sie dazu beitragen, dass sich Patienten besser betreut und verbundener mit den Pflegern fühlen. Wenn etwa Patienten Hilfe beim Gang zur Toilette peinlich sei, könne Humor Schamgefühle lindern. Und auch die Pfleger waren zufriedener, wenn sie einem Patienten ein Lächeln entlocken konnten. «Man hat das Gefühl, etwas bewirkt zu haben, vielleicht nicht medizinisch, aber emotional», sagte eine Krankenschwester. Scherze können der Studie zufolge auch die Beziehungen des Personals untereinander verbessern, insbesondere bei extremer Arbeitsbelastung. Ein Mitglied des Personals bezeichnete Humor als den «Klebstoff, der die menschlichen Beziehungen zusammenhält». Diese Einschätzung sei durch die Ergebnisse der Studie eindeutig bestätigt worden, sagen die Forscher. *Neue Luzerner Zeitung*

Schweiz

Mehr Verbindlichkeit für Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen den Vollzugstellen von Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe soll weiter gestärkt werden. Zu diesem Zweck haben das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) für die kantonalen IV-Stellen und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) für die kantonalen Arbeitsämter Weisungen erlassen, die der sogenannten interinstitutionellen Zusammenarbeit zu grösserer Verbindlichkeit verhelfen. Den gleichen Text haben die Sozialdirektorenkonferenz (SODK), die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) den Kantonen und Gemeinden im Sinn einer

Empfehlung zugestellt. Sie fordern damit die kommunalen und kantonalen Sozialhilfebehörden auf, sich ebenfalls verbindlich am Projekt IIZ-MAMAC (IIZ steht für «Interinstitutionelle Zusammenarbeit», MAMAC für «medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments im Rahmen des Case-Managements») zu beteiligen. Mit diesem Projekt wollen die Trägerorganisationen erreichen, dass Personen mit komplexer Mehrfachproblematik rascher wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. In komplexen Fällen ist oft nicht klar, ob eine Person krank ist, weil sie keine Arbeit hat, oder ob sie keine Arbeit hat, weil sie krank ist. Damit diese Personen nicht von einer Institution zur anderen geschickt werden, ist eine möglichst frühe Erfassung nötig. Anstatt zuerst die Zuständigkeiten abzuklären, soll in einem gemeinsamen Assessment der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Sozialhilfe die Situation der betreffenden Person beurteilt werden.

Medienmitteilung BSV

Schweiz

Pilot-Eingliederungsprojekte gesucht

Die Invalidenversicherung soll weiter in Richtung Eingliederungs- statt Rentenversicherung entwickelt werden. Zu diesem Zweck sucht das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) Pilotprojekte, mit denen innovative Ansätze zur (Wieder-)Eingliederung von behinderten Menschen in die Wirtschaft ausprobiert werden können. Gesuche zur Unterstützung konkreter Vorhaben können ab sofort beim BSV eingereicht werden. Die detaillierten Unterlagen finden sich auf der Website des BSV unter <http://www.bsv.admin.ch/themen/iv/00023/02181/index.html>

Medienmitteilung BSV

Schweiz

Jugendliche schlagen Eltern

Jugendgewalt ist derzeit ein heiss diskutiertes Thema. Matthias Vogt, Psychologe an der Jugendberatungsstelle der Stadt Zürich, hat direkt mit einer bestimmten Form von Jugendgewalt zu tun: der Macht Jugendlicher gegenüber den eigenen Eltern. «Es kommt in jüngster Zeit immer öfter vor, dass sich Eltern melden, die völlig verzweifelt sind, weil sie

sich mit ihren Kindern überfordert fühlen und ihre Erziehungsfunktion nicht mehr ausüben können», sagt er. Konkret: Die Jugendlichen entziehen sich jeder Kommunikation, beschimpfen oder bedrohen die Eltern – oder werden gar körperlich gewalttätig. Das beginnt mit «Schubsen» und geht vereinzelt bis zum Schlagen. Rochelle Allebes vom Elternnotruf bestätigt diese Tendenz: «Allein im letzten Jahr haben sich mindestens 90 Eltern gemeldet, deren Kinder Mobiliar zerstört haben, sie körperlich angegriffen oder gar mit dem Messer eingeschüchtert haben.» Aus Bern tönt es ähnlich: Ruth Schreyer von der Erziehungsberatung des Kantons sagt, die happigen Fälle hätten in den vergangenen Jahren zugenommen. Kann man also behaupten, die Jugendlichen würden gegenüber ihren Eltern immer gewalttätiger? Nein. Beratungsstellen haben per se nur mit einem bestimmten Ausschnitt der Bevölkerung zu tun. Daraus auf Gesamt Tendenzen zu schliessen, wäre fahrlässig. Gewaltforscherin Corinna Seith vom Pädagogischen Institut der Universität Zürich betont, die Gewalt im Privaten sei generell noch zu wenig untersucht; wie sich im Speziellen die Gewalt von Jugendlichen gegenüber ihren Eltern entwickle, erst recht nicht. Die Jugendpsychologen und -berater glauben, die Entwicklung hänge unter anderem mit fehlenden Grenzen zusammen. Hinzu kommen gesellschaftlich-technologische Entwicklungen. Manche Jugendlichen können sich heute in virtuellen Welten mächtig gebärden, während sie sich im realen Alltag oft eher ausgeliefert fühlen. Matthias Vogt plädiert nicht für einen antiautoritären Erziehungsstil, «aber bestimmt auch nicht einen autoritären nach alter Schule», sondern für die «zugewandte Autorität»: den Jugendlichen Verständnis und Geduld entgegenbringen, sie aber klar Grenzen und Strukturen spüren lassen.

Tages-Anzeiger

Aargau

IV-Stellenleiter fordert engere Zusammenarbeit

Sollen Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe im Aargau unter einem Dach zusammengeführt werden? Diese Frage wirft Vinzenz Baur, Leiter der IV-Stelle Aargau, auf. Er ist überzeugt, dass «eine Pforte» für IV, ALV und Sozialhilfe eine

Chance sein könnte. Seine Idee lancierte Baur im Rahmen der Tagung über die Zukunft der Invalidenversicherung, welche der liberale Think-Tank Avenir Suisse in Aarau organisiert hatte. Baur's These: «Nachdem die drei Institutionen IV, ALV beziehungsweise RAV und Sozialhilfe alles daransetzen, um die Integration von Arbeitslosen sowie von Menschen, die von Invaliddität bedroht und sozial ausgegliedert sind, in den Arbeitsmarkt zu erreichen, ist eine logische Folge davon, diese drei Institutionen selber einer Integration zu unterziehen.» Eine Forderung, die nicht aus heiterem Himmel kommt: Seit 2003 läuft im Aargau unter dem Titel «Netzwerk Interinstitutionelle Zusammenarbeit» (IIZ) ein Pilotprojekt, das die Schnittstellen und Doppelspurigkeiten in den Fällen, welche IV, RAV und Sozialhilfe bearbeiten, minimieren soll. Eine gute Sache zwar, eine aber auch, die nach Dafürhalten von IV-Stellenleiter Baur nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die mit der IIZ behandelten Fälle meist derart «verkachelt» sind, dass der Integrationserfolg gering bleibt. Baur ist überzeugt, dass es möglich ist, im Aargau eine Testregion zu bilden, in der IV, RAV und Sozialhilfe unter einem Dach zusammenarbeiten, um die Chancen und Risiken einer Koordination aus einer Hand ermessen zu können. Ihm schwebt ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt vor. Er kann dabei auf die Unterstützung von Regierungsrat Ernst Hasler zählen. «Es ist richtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie Fehlansätze, welche die heutigen Systeme bieten, zu verhindern sind», sagt der Sozialdirektor. Aargauer Zeitung

Appenzell Ausserrhoden Fragen zur Integration

Stefan Signer (Heiden) hat im Auftrag der SP-Fraktion im Kantonsrat eine Interpellation eingereicht, die sich mit dem Angebot von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen und solchen, die keinen Anspruch mehr auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben, befasst. Der Interpellant geht aus vom

positiven Ausgang der Abstimmung über die 5. IV-Revision im Juni 2007. Danach ist ein Ausbau der Eingliederungsmassnahmen vorgesehen. Gleichzeitig wird die verbleibende Erwerbsfähigkeit genauer geprüft, bevor eine Rente gesprochen wird. Im Weiteren werden die Anreize für Arbeitgeber verstärkt, Behinderte zu beschäftigen. Vor diesem Hintergrund werden dem Regierungsrat Appenzell Ausserrhoden von der SP-Fraktion verschiedene Fragen gestellt. Diese befassen sich zum einen mit dem Status quo der Bereitstellung für Arbeitsplätze, dann aber auch mit allfälligen Ausbauplänen und Aufträgen an Institutionen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen. St. Galler Tagblatt

Basel Land SP will behindertengerechtere Bauten

Die Baselbieter SP fordert ein verschärftes Gesetz, um behindertengerechtes Bauen zu gewährleisten. «Heute geht es nicht mehr nur um behindertengerechtes, sondern grundsätzlich um hindernisfreies Bauen», hält die Birsfelder SP-Landrätin Regula Meschberger fest. Mittels Motion fordert sie, dass nicht wie heute erst Mehrfamilienhäuser mit mehr als sechs Wohnungen, sondern schon Bauten ab vier Wohnungen behindertengerecht ausgestattet werden müssen. Kritik an dieser Forderung kommt vor allem aus dem bürgerlichen Lager. FDP-Fraktionspräsidentin Christine Mangold hat Bedenken: «Die aktuelle Regelung hat sich bewährt.» Eine Verschärfung könne bedeuten, dass auf Renovierungen alter Häuser aus Angst vor Mehrkosten verzichtet würde, sagt sie. Aussagen wie jene von Mangold seien der Grund, warum Meschberger keine schärfere Variante wählte, die im Landrat ohne Chance wäre. Während unter anderem im Kanton Aargau bereits die Vierer-Grenze besteht, zeigt Basel-Stadt, dass ein noch konsequenterer Weg durchaus alltagstauglich sein kann. Dort ist vorgeschrieben, dass nur Einfamilienhäuser von der Anpassung an die Bedürfnisse Behin-

derter ausgenommen sind. Marc Keller, der Informationsbeauftragte des Basler Baudepartements, sagt: «Die Erfahrung zeigt, dass wir kaum Probleme mit der Umsetzung des Paragraphs 62 haben. Pro Jahr gibt es nur ein oder zwei Rekursverfahren.» Strittige Fragen würden meistens direkt zwischen der Bauherrschaft und der Fachberatung für hindernisfreies Bauen der Pro Infirmis gelöst. Eric Bertels, Bauberater bei Pro Infirmis, versteht Meschbergers Vorsicht: «Ein Sprung direkt auf das Basler Niveau würde zu viel Widerstand auslösen. Die Änderung auf Häuser ab vier Wohnungen hingegen ist bedenkenlos möglich.»

Basellandschaftliche Zeitung

Bern Regierungsrat befürchtet Versorgungseingpass

Der Berner Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP) unternimmt eine Offensive, damit Spitäler, Kliniken und Heime mehr Fachpersonal ausbilden. Diese Betriebe und die Spitex benötigten in den kommenden Jahren mehr Fachpersonal für Pflege und Betreuung, sagte Perrenoud an einem von der Gesundheitsdirektion organisierten Anlass für führungsverantwortliche Personen der bernischen Spitäler, Kliniken, Heime und der Spitex-Organisationen. Die Versorgungsplanung bis 2010 zeige den Bedarf an Fachleuten in der Pflege auf: 850 Fachangestellte Gesundheit (Fage), 450 diplomierte Pflegefachleute und 550 Assistenzpersonen müssten in den bernischen Gesundheitsbetrieben pro Jahr ausgebildet werden. Schöpften die Betriebe ihr Ausbildungspotenzial nicht optimal aus, entstehe ein Versorgungseingpass. Lobend erwähnte Perrenoud, dass im letzten Jahr 450 neue Lehrstellen für Fage geschaffen wurden. Das genüge aber nicht. «Jeder Betrieb soll seinen künftigen Personalbedarf möglichst vollständig durch eigene Ausbildungsleistungen decken», so Perrenouds Forderung.

Berner Rundschau

SAG

Schule für Angewandte Gerontologie



Gerontologie für diplomierte Pflegende

ZLG Zertifikatslehrgang

Die aktuellen Erkenntnisse aus Forschung und Praxis der Gerontologie. Die wichtigen gerontologischen Grundsätze für die pflegerische Arbeit. Praxisorientiertes Wissen, das direkt in die tägliche Arbeit einfließt.

Das und noch viel mehr bietet der Zertifikatslehrgang Gerontologie Pflege für diplomierte Fachkräfte in der Langzeitpflege.

Dauer 18 Tage; ab 20. Oktober 2008 in Zürich.

Interessiert? Wir informieren Sie gerne.

SAG Schule für Angewandte Gerontologie

www.sag.pro-senectute.ch.

Telefon: 044 283 89 40

Seit über 15 Jahren führend in gerontologischer Weiterbildung